

# Friss oder Hartz: Wallraff trifft auf Piketty

Laurent Joachim über sein Buch „Friss oder Hartz“, BoD, November 2014

F: Ihr Buch fängt nach einer kurzen Erwähnung der politischen Großdenker Karl Marx, Max Weber und Ludwig Erhard praktisch mit dem Wort „Empörung!“ inmitten einer sonst weißen Seite an. Haben wir im reichen Deutschland überhaupt Gründe empört zu sein?

A: Diese Eröffnung bezieht sich ausdrücklich auf den 2011 erschienenen Essay „Empört-Euch!“ von Stéphane Hessel, denn ja, es gibt im reichen Deutschland mehr denn je Gründe empört zu sein. Mit dem Buch „Friss oder Hartz“ frage ich deshalb, warum wir als Gesellschaft „Empörung!“ scheinbar völlig verlernt haben, und das obwohl die allermeisten von uns tagtäglich mit unzumutbaren Ungerechtigkeiten konfrontiert werden. Sollen wir uns nicht empören, wenn unzählige Pfandsammler auf der Suche nach ein paar Cents den öffentlichen Müll durchwühlen und das Stadtbild der deutschen Hauptstadt mittlerweile Tag und Nacht prägen? Sollen wir uns nicht empören, wenn in Deutschland arme Menschen statistisch gesehen neun Jahre weniger als Reiche leben [S. 278]? Sollen wir uns nicht empören, wenn in Berlin ein Drittel aller Kinder in einem Hartz-IV-Haushalt, das heißt in bitterer Armut, aufwachsen muss [S. 234]?

F: In Ihrem Buch malen Sie ein recht düsteres Bild der sozialen Zustände in der Bundesrepublik, dabei gehört Deutschland, immerhin die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt, unstrittiger Weise zu den reichsten Ländern der Erde. Wollen Sie provozieren?

A: Nein. Unser Land ist unglaublich reich, gar keine Frage. Aber allzu viele Bürger haben wenig davon. Ein einziges Beispiel: Die 350.000 reichsten Personen (0,5% der Bevölkerung) besitzen gemeinsam so viel, wie die restlichen 90% (63 Millionen Menschen) [S. 234]! Das Vermögen ist so konzentriert, dass laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes ein Drittel der Bevölkerung unerwartete Ausgaben in Höhe von mehr als 940 Euro nicht aus eigener Tasche stemmen kann [S. 234]. Diese Summe entspricht in etwa der Monatsmiete einer Zweizimmerwohnung in einer Großstadt, es ist also recht wenig. Gleichzeitig sind die untersten Löhne so niedrig, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung trotz Vollzeitstelle keinen müden Euro sparen kann, egal, wie man es dreht und wendet. So lebt etwa ein Viertel der Bevölkerung gerade noch einen Kontoauszug vom finanziellen Kollaps entfernt, oder sogar schon knietief in der Dispo Falle [S. 255]. Mehr als einer von fünf Bundesbürgern kann sich schon gar keinen Urlaub mehr leisten [S. 238].

F: In einem Satz: Woran soll das Ihrer Meinung nach liegen?

A: Das „unterste“ Viertel der Bevölkerung bezahlt die bittere Zeche für die politisch gewollte Schaffung eines Niedriglohnssektors vor zehn Jahren und den damit einhergehenden Abbau der sozialen Sicherungssysteme seitdem.

F: Jeder muss doch selbst Verantwortung übernehmen, man kann nicht alles vom Staat erwarten.

A: Das ist schon korrekt, aber woher sollen die Menschen das Geld nehmen, wenn sie systembedingt gar keins verdienen dürfen?

F: Die große Koalition hat sich über ein Mindestlohngesetz geeinigt ...

# Friss oder Hartz: Wallraff trifft auf Piketty

A: Der gefundene Kompromiss wird Niemandem ernsthaft helfen. Am Ende kommt für die Mindestlohn-Beschäftigten der Hartz-IV-Satz samt Miete plus ein paar Zerquetschte heraus, trotz Vollzeitstelle. Von der Regelung profitiert in erster Linie der Staat, weil sich dadurch Aufstockungsleistungen in Milliardenhöhe einsparen lassen [S. 218 ff].

F: Ist das nicht Schwarzmalerei? Die neuesten Daten der Bundesregierung zur Beschäftigungsquote sind glänzend im Vergleich zu den anderen EU-Ländern und im Vergleich zu der Zeit vor den „Agenda-beziehungsweise Hartz-Reformen“.

A: Die regelmäßigen, recht fraglichen, Erfolgsmeldungen der verschiedenen Bundesregierungen in der emotional-politisch geladenen Debatte um die Wiedererreichung des Vollbeschäftigungsgrals sind der Ausdruck eines der größten Missverständnisses des letzten Jahrzehnts. In Wahrheit wird heute genauso viel Arbeit verrichtet, etwa 58 Milliarden Stunden pro Jahr, wie im Jahr 2000 – nur von wesentlich mehr Händen, weil atypische Verträge das traditionelle Beschäftigungsmodell maßgeblich verdrängt haben [S. 107]. Parallel dazu wurde die Arbeitslosenstatistik nach und nach dahingehend angepasst, dass einerseits hunderttausende Arbeitssuchende nicht mehr offiziell als arbeitslos geführt und andererseits atypische Arbeitsverträge als vollwertige Arbeitsstellen statistisch erfasst werden [S.41 / S.45].

F: Die Hauptsache ist doch, dass viele Menschen in Lohn und Brot sind?

A: Wenn allen Bürgern, ungeachtet der sozialen Stellung, eine gleichwertige gesellschaftliche Teilhabe per Grundgesetz garantiert wird, fragt man sich da schon, zu welchen Konditionen die Menschen ihre Arbeitskraft der Wirtschaft zur Verfügung stellen müssen. Ein Beispiel: Das Wachstum des Handels im letzten Jahrzehnt hat nicht zu einem besseren Leben der Menschen in den betroffenen Branchen geführt, ganz im Gegenteil: Im Einzelhandel erhielt 2012 jeder Fünfte weniger als 8,50 Euro die Stunde [S. 157]. So muss der Staat diese Hungerlöhne mit Sozialleistungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr unterstützen beziehungsweise „quer-finanzieren“ [S. 246]. Gleichzeitig stiegen die Firmengewinne im Einzelhandel zwischen 2000 und 2010 von 11,8 auf 21,5 Milliarden Euro [S. 246], subventioniert vom Steuerzahler, wenn man so will.

F: Sie sind bekennendes SPD- und Ver.di-Mitglied, überdies haben Sie sich schon vor zehn Jahren öffentlich für die Einführung eines Mindestlohns eingesetzt. Folgt Ihr Buch einer politischen Agenda?

A: Nein. Das ist das Buch eines freien Journalisten und es ist ein Buch, in dem größten Wert darauf gelegt wurde, die Sachlage objektiv und nachvollziehbar abzubilden. Allerdings bin ich neben dem Beruf auch ein ganz normaler Bürger und als solcher setze ich mich gewerkschaftlich und politisch für bestimmte Werte ein, weil ich denke, dass eine gewisse Mitwirkung zur Gesellschaftsgestaltung eine Pflicht aller Bürger ist. Das heißt, dass Daten und Analysen im Buch neutral und abgewogen sind und dass unbequeme Wahrheiten auch thematisiert werden. Aber meine „Empörung!“ über die zu Tage geförderten Zustände ist natürlich nicht wert- und weltanschauungsfrei. Ich finde es ist ein Gebot der Transparenz, wenn die Leserinnen und Leser wissen, wofür ein Autor steht, deshalb sind meine Mitgliedschaften in der SPD und bei Ver.di öffentlich.

F: Sie beschreiben in Ihrem Werk seitenweise Horrorzustände auf dem Arbeitsmarkt, als ob die Misstände die Günter Wallraff in seiner Schock-Reportage „Ganz Unten“ von 1985 aufgedeckt hatte, immer noch an der Tagesordnung seien. Hat sich die Welt seitdem nicht gedreht?

# Friss oder Hartz: Wallraff trifft auf Piketty

A: Die beschriebenen Zustände sind leider das sehr traurige Abbild von Fakten, gespeist aus der sachlichen Auswertung von insgesamt fast 2000 Dokumenten und Medienbeiträgen. Mit den vielen Beispielen wollte ich tatsächlich zeigen, dass die Missstände auf dem Arbeitsmarkt nicht nur einige wenige Personenkreise oder Branchen erfassen, sondern dass das Lebensrisiko Armutsfalle einen Großteil der Bevölkerung trifft oder sehr schnell treffen kann, nicht nur „faule Grippel“, wie der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke kürzlich meinte: So haben beispielsweise 80% der Geringverdiener eine Berufsausbildung [S. 234]. Im neu herausgegebenen Buch von Günter Wallraff, „Die Lastenträger“, für das ich die Ehre hatte einen Beitrag beizusteuern, kann man sich tatsächlich des Eindrucks nicht erwehren: „Ganz Unten“ ist nicht verschwunden. „Ganz Unten“ hat sich im Zuge der wirtschaftlichen Deregulierung metasthasenartig ausgebreitet. Der Ali von Wallraffs „Ganz Unten“ kann heute halt eine Bulgarin oder Rumänin sein, die in der Fleischindustrie zu menschenunwürdigsten Konditionen schuftet muss [S. 133] oder auch ein promovierter Kunsthistoriker, der von den Landesmuseen mit einem Armutslohn abgespeist wird und sich von Kurzvertrag zu Kurzvertrag mit Hartz-IV-Bezug zwischendurch hangeln muss [S. 62]. Das, wonach die Menschen sich von Natur aus am meisten sehnen, eine gewisse Absicherung der Lebensrisiken durch die Gemeinschaft, wurde im letzten Jahrzehnt flächendeckend abgebaut. Ein solcher Einschnitt ist natürlich hochgradig gesellschaftsverändernd.

F: Sowohl aufgrund Ihrer breitangelegten und faktenreichen Arbeitsmethodik, mit mehr als 850 Quellenangaben, als auch aufgrund Ihrer Kapitalismuskritik hat man den Eindruck, dass das auf Deutsch im November erschienene Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty Sie stark beeinflusst hat. Stimmt das?

A: Nein, mir waren die Arbeiten von Piketty und seinen Kollegen bis vor Kurzem nicht bekannt. Im Gegensatz zu Piketty bin ich außerdem Journalist beziehungsweise studierter Politologe und nicht Wirtschaftswissenschaftler. Weiterhin konnte ich mich nicht über viele Jahre hinweg eines hochkarätigen internationalen Forschungsnetzwerkes bedienen, so dass sich eine ganz andere Tiefe und Betrachtungsweise der Probleme ergeben. Das Buch von Piketty nimmt für sich außerdem in Anspruch, die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitals in der Welt in den letzten 200 Jahren zu Protokoll zu bringen. Das Buch „Friss oder Hartz“ adressiert dagegen lediglich die Situation in Deutschland in den letzten zehn Jahren und konzentriert sich dabei auf die Menschen, nicht auf die Wirtschaftsindikatoren. Aber die Tatsache, dass hier mehrere Autoren gleichzeitig und unabhängig voneinander das dominierende Wirtschaftssystem ähnlich kritisch hinterfragen, zeigt ja, dass eine grundsätzliche Dysfunktion nicht mehr zu leugnen ist und dass Fragen nach Antworten schreien.

F: Sie wünschen Sie sich in einem Zwischentitel einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“. Sind ideale Gesellschaftsformen nicht bloß reine Utopie?

A: Es ist keine Frage der theoretischen Philosophie. In dem Buch wurde weitestgehend nachgewiesen, dass das aktuelle Wirtschaftssystem eine gesellschaftsschädliche Eigendynamik entwickelt hat und für einen erheblichen Teil der Bevölkerung nicht mehr zufriedenstellend funktioniert. Es ist aber nicht zwangsweise durchgehend alles schlecht im Kapitalismus. Der Kapitalismus hat sich stets als grundsätzlich effizient und wandlungsfähig erwiesen. Diese positiven Eigenschaften kann man sich auch im Dienste einer allgemeinen Wohlstandsökonomie zunutze machen. Es müssen jedoch Regulierungsmaßnahmen getroffen werden, damit Partikularinteressen dem Gemeinwohl wieder

# Friss oder Hartz: Wallraff trifft auf Piketty

unterordnet werden. Das ist übrigens nichts Neues, genau das propagierte Ludwig Erhard (CDU) schon 1957 in seinem Buch „Wohlstand für alle“.

F: Fürchten Sie nicht, dass ein „Herumdoktern“ am jetzigen Wirtschaftssystem das ohnehin fragile Wachstum völlig abwürgen würde?

D: Wachstum als wichtigster Wirtschaftsindikator dürfte meines Erachtens bald ausgedient haben, weil wir heute einen ganz anderen Wirtschaftshintergrund haben als etwa in dem Europa der 50er bis 70er Jahre. Außerdem spielen in Deutschland zwei Faktoren eine herausragende Rolle: Erstens wird der Inlandskonsum eher mau bleiben, solange ein erheblicher Teil der Bevölkerung kaum Geld übrig hat, um sich etwas anderes als das tagtägliche Überleben zu leisten. Zweitens schrumpft und altert die deutsche Bevölkerung sehr stark. Beide Faktoren sind grundsätzlich wachstumshinderlich. Dennoch sind wir heute in Europa und in Deutschland immer noch in einer sehr starken und privilegierten wirtschaftlichen Position. Die Uhr tickt, aber wir haben noch verschiedene Optionen auf dem Tisch und die Steuerungsgewalt des Staates ist weitestgehend intakt, so dass die Situation nicht als verfahren gelten kann. Wir sollten bedenken: Es ist immer erfolgsversprechender eine Veränderung aus einer starken Position heraus freiwillig und wohlüberlegt herbeizuführen, als aus einer absoluten Notsituation heraus zu handeln, die möglicherweise weniger Optionen bietet und eine ganz andere Durchführungshärte abverlangt.

F: Im letzten Teil Ihres Buchs gehen Sie mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes hart ins Gericht, warum?

A: Weil zahlreiche unerwünschte Missstände des letzten Jahrzehnts meinem Verständnis nach sehr viel mehr auf wohlüberlegte politische Entscheidungen zurückzuführen sind, als auf eine wirklich alternativlose Wirtschaftslage.

F: Sie stellen die These auf, dass die soziale Ordnung der Gesellschaft in höchstem Maße gefährdet sei, wenn die „Friss oder Hartz“-Politik nicht überwunden wird. Woran machen Sie das fest?

A: Keine Gemeinschaft kann auf Dauer überleben, wenn nicht jeder, früher oder später, zu seinem Recht kommt. Ich glaube, es gibt dabei zwei Überlegungsebenen. Erstens: Weltpolitisch und Europäisch gesehen, ist es ein Trugschluss zu glauben, dass wir durch künstlich herbeigeführte Niedriglöhne in der Industrie im Übermaß und nie endend vom Handeln mit den anderen Ländern profitieren könnten, ohne dass diese irgendwann Gegenmaßnahmen zum eigenen Selbstschutz und zu unserem Nachteil einleiten. Zweitens: Bundespolitisch gesehen müssen die Grundwerte des Zusammenhalts in der Gesellschaft für alle gelten, sonst erodiert der Rechtsstaat und dann kann es nicht gut gehen, wie uns die Geschichte lehrt.

F: Können Sie das näher erläutern?

A: Wie sollen einfache Menschen, die um jeden Euro ringen, sich nicht verhöhnt fühlen, wenn Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Arbeitsagentur, öffentlich zu Protokoll gibt, dass erst unter drei Euro die Stunde ernsthaft zu prüfen sei, ob eine Entlohnung nicht vielleicht doch rechtswidrig sein könnte [S.25], während am anderen Ende der Skala, eine Firma mit Landesbeteiligung, wie etwa Volkswagen, um die 6.000 Euro pro Stunde an seinen Chef überweist [S. 261]? Wie sollen einfache Menschen sich zu Recht und Gesetz bekennen, wenn eine lebensvernichtende Kündigung des Arbeitsplatzes in den Briefkasten

# Friss oder Hartz: Wallraff trifft auf Piketty

flattert, weil 30 Cents in der Bäckereikasse gefehlt haben, während die Vernichtung von Steuer-Milliarden durch vermeidbare Fehlentscheidungen von hochbezahlten Managern ohne Konsequenz bleibt? [S. 272]. Wie kann man den einfachen Wählern erklären, dass es wichtig sei sich politisch und gesellschaftlich einzubringen, wenn die Bundestagsabgeordneten Peer Steinbrück (SPD) oder Peter Gauweiler (CDU) Millionen-Beträge völlig anrechnungsfrei und zusätzlich zu ihren recht üppigen Diäten von fast 9000 Euro im Monat einstreichen dürfen, aber dass gleichzeitig das karge und hartverdiente Arbeitsgeld von Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien von der Sozialleistung der Eltern abgezogen wird, weil besagter Bundestag Regelwerke verabschiedet, wonach eine gemeinsame Anstrengung zum Wohl des Landes alternativlos sei? [S. 268]. Und ich rede gar nicht davon, dass wegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung der Bessergestellten dem Staat, das heißt der Gemeinschaft, Jährlich Milliarden durch die Lappen gehen. Solche Verhältnisse sind nicht nur absurd und skandalös, sie bergen eine unabschätzbare Gefahr in sich. Deshalb muss die Politik sich diesen Fragen stellen und die Regierung das gesellschaftsschädigende Sozialschmarotzertum im Nadelstreifenanzug auch angemessen und konsequent bekämpfen.

F: Sollen die Gehälter der Manager und Politiker per Gesetz begrenzt, ein Maxi-Mindestlohn oder gar ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Bundestag absegnen werden, eine Erbschaftssteuer und eine Vermögenssteuer erhoben oder gar eine hochprozentige Reichensteuer beschlossen werden? All diese Maßnahmen würden ja gar nicht mehrheitsfähig sein.

A: In Deutschland werden wir nicht drum herum kommen, neue Instrumente zur Umverteilung von oben nach unten und vom Einzelnen in die Massen ins Spiel zu bringen. Die ganze Aufregung nach der Publikation des jährlichen Armutsberichts der Bundesregierung darüber, dass die Sozialschere sich Jahr für Jahr unaufhaltsam weiter öffnet, nutzt da nichts. Es muss endlich pro-aktiv gegengesteuert werden. Soviel dürfte konsensfähig sein. Welche Aktionen und Reformen tatsächlich am besten geeignet sind, muss im Laufe der fachlichen Beratung mit kundigen Wissenschaftlern und nach demokratischer Meinungsbildung herausgefunden werden.

F: In Ihrem Buch „Friss oder Hartz“ beschreiben Sie pre-revolutionäre Zustände und nehmen konkret Bezug auf die Französischen Revolutionen von 1789 und 1848. Sehnen Sie sich nach einer Revolution?

A: Nein, dieses Buch ist ausdrücklich kein Aufruf zur Revolution und schon gar nicht zur politisch motivierten Gewalt. Dieses Buch ist ein Appell zum gründlichen Nachdenken und zukunftsweisenden Handeln. Ich glaube tatsächlich, dass die Probleme Deutschlands und Europas völlig gewaltfrei und geordnet überwunden werden können, zumindest wenn die politischen Eliten in Deutschland und Europa sich um Lösungen im Sinne des Gemeinwohls bemühen, anstatt Partikularinteressen von sich selbst, von Wirtschaftsinteressen, von Nationen oder von einzelnen Wählergruppen an erste Stelle zu stellen. Deutschland ist ein hochentwickeltes Land und wir verfügen unstrittig über das Wissen und Können, um uns aus dieser misslichen Lage herauszuarbeiten. Ein couragierter politischer Wille ist aber unabdingbar, ohne diesen notwendigen, starken Willen werden Missstände ohne wesentliche Verbesserung in die Endlosigkeit verwaltet. Und ja, eine zukunftsichernde Weichenstellung wird für die Bessergestellten auch die Pflicht zu einem gewissen Verzicht wohl so oder so beinhalten müssen. Das bedeutet: Europäisch gesehen, müssen wir sicherlich so schnell, wie möglich zu einer Angleichung der Fiskalität und der Lebensbedingungen unter den EU-Ländern kommen, um Sozialspannungen zu vermeiden. Aber auch zwischen den Weltregionen müssen die Lebensbedingung der Menschen

# Friss oder Hartz: Wallraff trifft auf Piketty

unbedingt angeglichen werden. Wenn in all diesen Bereichen nicht dezidiert gehandelt wird, ist tatsächlich zu befürchten, dass erhebliches Unheil droht.

F: Herr Joachim, vielen Dank für das Gespräch!

(Informationen zum Buch und Bestellmöglichkeiten: [www.frissoderhartz.com](http://www.frissoderhartz.com) .)